Christentum - Sozialismus - Friede

Autor(en): **H.K.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **55 (1961)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140558

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

tikern bedarf, um die Zäune des Mißtrauens niederzureißen, die der Verwirklichung immer noch im Wege stehen.

Niemand glaubt im Ernst, daß die Waffendrohung und Waffensteigerung so weitergehen und zu etwas wie Frieden führen können. Es fehlt nicht am Wunsch, dies alles schwinden zu sehen. Aber zur Verwirklichung fehlt es am Glauben, am tätigen Glauben und an der tätigen Liebe. Es fehlt am Vorantreiben der Politiker aus dem Willen zur Tat; an der Planung und Unterstützung einer waffenlosen Politik der echten Zusammenarbeit, von kleinen Kreisen aus bis hinauf zu den Entscheidenden an höchster Stelle. Mancher Politiker würde heute sehr viel weitergehen, als er es wagt, weil er fürchtet, im Volke nicht verstanden zu werden. Je mehr Stimmen und aufrichtiges Tun solcher Art aus den Völkern zu den Politikern dringt, je mehr einzelne Bürger und Gruppen von Bürgern eine Umkehr der Politik der Macht zur Politik des Miteinander wünschen und unterstützen, desto mehr wird es möglich sein, dieses alles zu ergreifen und zu verwirklichen.

Christus in uns kann uns zu alledem verhelfen, kann den gefallenen Menschen erhöhen.

ER ist unser Friede!

Christentum – Sozialismus – Friede

Am 9. Februar 1961 überreichte eine von unserem Freund, Professor Dr. Emil Fuchs, geleitete Abordnung von ostdeutschen Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern dem Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, einen von 32 000 Unterschriften bedeckten Brief zu der programmatischen Erklärung Ulbrichts vom 4. Oktober 1960 über das Verhältnis von Christentum, Sozialismus und Friedenskampf in der DDR. Wir geben hier aus der Ansprache von Fuchs wie aus der Antwort Ulbrichts einige Abschnitte wieder, die uns die Auffassungen sowohl der Millionen evangelischer Christen, die hinter den Unterzeichnern des Briefes stehen, wie diejenige der Regierung der DDR besser verstehen lassen, als das auf Grund der höchst mangelhaften und einseitigen Berichterstattung unserer Tagespresse über diesen Empfang möglich war.

Emil Fuchs sagte unter anderem:

«Wenn ich heute sehe, daß die Kämpfe meiner Jugend nicht umsonst waren, wenn ich feststellen darf, daß wenigstens in einem Teil Deutschlands die Vergangenheit unseres Volkes gesellschaftlich bewältigt wurde, so weiß ich auch — und mit mir wissen es unzählige christliche Bürger der DDR, wodurch dieses Neue in der deutschen

Geschichte möglich geworden ist: Es ist möglich geworden durch die unverbrüchliche Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die sich in unserer Republik unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelt hat.

Diese Gemeinsamkeit hat uns als Christen geholfen, die Widersprüche zu überwinden, in die wir in der Vergangenheit immer wieder gestoßen wurden. Uns Christen sagt das Neue Testament: ‚So jemand spricht: Ich liebe Gott und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht?' Bei dem Versuch, diesem Wort zu gehorchen, brach in der Vergangenheit immer wieder ein tiefer Widerspruch auf zwischen der persönlichen Gewissensentscheidung und dem ehrlichen Willen des einzelnen Christen, für Fortschritt und Menschlichkeit einzutreten, und den verhängnisvollen Konsequenzen, die eine Gesellschaftsordnung entwickelte, die auf dem Prinzip des Konkurrenzkampfes, und das heißt doch: auf dem Gegeneinander der Menschen aufgebaut war. Darüber hinaus zeigte sich vor allem ein krasser Widerspruch zwischen der Friedensliebe der christlichen Menschen und der Kriegspolitik derjenigen Kreise, denen es um ihren Profit und um ihre Machtpositionen ging. Uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ist es leichter geworden als den Christen in Westdeutschland, die Schlußfolgerungen aus dieser verhängnisvollen Vergangenheit zu ziehen, weil wir das in der Gemeinschaft aller humanistischen Kräfte tun konnten.

Wenn der große deutsche Humanist und Reformator Philipp Melanchthon, dessen 400. Todestag wir im vergangenen Jahr feierlich begingen, seinem Abscheu gegen den Krieg mit den Worten Ausdruck verlieh: ‚Alle Kriege hindern die wissenschaftlichen Bestrebungen und entstellen die Kirche', dann können wir heute feststellen: unser Staat hilft als Teil des sozialistischen Lagers mit, daß die Friedensträume unserer großen Dichter und Denker und all der Millionen einfacher Menschen, die sich der Werke, die sie mit ihren Händen geschaffen haben, auch erfreuen wollen, in der Mitte des 20. Jahrhunderts endlich Wirklichkeit werden können.

Freilich darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß die Kräfte des wiedererstandenen deutschen Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland heute den christlichen Glauben in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Atomkriegspolitik mißbrauchen. Symbol für die unheilvolle Verflechtung von bestimmten Teilen der offiziellen Kirchen in Westdeutschland mit dem Bonner Staat war der Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen dem Rat der EKD und der Regierung in Bonn. Wir stimmen mit unserer Regierung darin überein, daß sie alle Versuche, etwa im Zusammenhang mit einem Kirchentag oder mit der EKD-Synode in Berlin Provokationen in das Gebiet unserer Republik zu tragen, entschieden zurückweist. Sie tritt damit dem Miß-

brauch christlichen Glaubens entgegen und macht den Weg frei für einen Kirchentag des Friedens und der Verständigung.

Gewiß, es gibt Unterschiede zwischen der Weltanschauung der Marxisten und dem Glauben der Christen, es gibt sogar sehr tiefgehende Unterschiede, die wir nicht vertuschen wollen. Aber diese weltanschaulichen Unterschiede sind für uns kein Hindernis für die feste Gemeinsamkeit aller der Kräfte, die in echter Verantwortung für des Menschen wahres Wohl wirken wollen. Im Gegenteil: unser Gewissen, die gesellschaftlichen Konsequenzen unseres christlichen Glaubens, unser unerbittlicher Wille, für die Wahrheit einzutreten, zwingen uns, für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen.»

Walter Ulbricht nahm den Brief, den ihm die Abordnung überreichte, mit einer Erwiderung entgegen, in der es heißt:

«Es kann doch wohl niemand bestreiten, daß Sozialismus und Kommunismus in der historisch gesehen erst recht kurzen Zeit ihres Wirkens in der Weltgeschichte unendlich viel mehr für die Verwirklichung der humanistischen und sozialen Ideale und Gebote des Christentums getan haben, als alle früheren Gesellschaftsordnungen zusammengenommen. Sowohl Feudalismus als Kapitalismus haben sich zwar oft einen aufdringlichen christlichen Anstrich zugelegt, aber letztlich doch nur zu dem Zweck, mit Hilfe dieser Fassade ihrer durchaus unheiligen Herrschaft einen Heiligenschein zu verleihen, ihre eigensüchtigen, den christlichen humanistischen und sozialen Idealen und Geboten zutiefst widersprechenden Ziele zu verfolgen. Kapitalismus und das ursprüngliche Christentum sind doch — so will mir scheinen — recht eigentlich unversöhnliche Gegensätze. Wohingegen der Sozialismus — bei allen Unvollkommenheiten, die ihm hier und da noch anhaften mögen — doch die Verwirklichung auch der christlichen humanistischen und sozialen Ideale bringt. Die im Kapitalismus herrschenden Klassen haben die christlichen Kirchen als Waffe gegen den Sozialismus eingesetzt und mißbraucht. Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen — unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen — bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen.

Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen.

Ich möchte Ihnen sagen: Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrats kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon 15jährigen Zusammenarbeit — wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat — die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlicher Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzengelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stellen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.

Wir sind davon überzeugt, daß das gemeinsame Anliegen aller Sozialisten, Kommunisten, Christen und sonstiger Bürger von humanistischer Gesinnung, nämlich die Sicherung des Friedens in Deutschland, ohne Bändigung des deutschen Militarismus nicht zu erreichen ist. Wir haben schließlich in unserer jüngeren Geschichte furchtbare Erfahrungen machen müssen und sehen heute mit Besorgnis und Empörung, daß diese Kräfte des Bösen neues Unheil für das deutsche Volk vorbereiten. Und in den Reihen der unverbesserlichen Militaristen, dieser Kräfte des Bösen, finden wir zu unserer Betrübnis auch diesmal wieder Männer der Kirche, die in Westdeutschland sogar die Kirchenleitung beherrschen.

Wir sind — das möchte ich Ihnen sagen — darüber betroffen, daß es den in Westdeutschland herrschenden Kreisen gelungen ist, die westdeutschen Kirchen ihren durchaus unchristlichen Zielen der Kriegsvorbereitung und der Menschenfeindlichkeit dienstbar zu machen. Die Exponenten der westdeutschen Kirchen haben dementsprechend in den vergangenen Jahren keine Mühe gescheut, die Grundlagen einer Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu zerstören. Zahlreiche Beschlüsse und Handlungen dieser kirchlichen Kreise trugen mit peinlicher Unverfrorenheit den Stempel des Kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik. Ich brauche hier nicht auf Einzelheiten einzugehen. Sie kennen sie alle. Ich brauche hier auch nicht die Namen der NATO-Politiker in geistlichem Gewande oder sonstiger kirchlicher Tarnung zu nennen. Sie kennen sie alle. Die mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages besiegelte Indienstname der westdeutschen kirchlichen Einrichtungen für Zwecke der NATO-Armee und NATO-Politik hat den Krug zum Überlaufen gebracht und die letzte Brücke zu einer Zusammenarbeit zwischen der gegenwärtigen westdeutschen Kirchenleitung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik trotz unserer ernsten Warnungen mutwillig abgebrochen. Wir haben sehr lange gezögert, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben immer und immer wieder gewissenhaft geprüft, ob es nicht doch irgendeine Möglichkeit gäbe, den von den Exponenten der westdeutschen NATO-Kirchen vollzogenen Abbruch der Beziehungen zu uns zu umgehen oder unwirksam zu machen. Aber maßgebliche Exponenten der westdeutschen Kirchen trieben ihr unchristliches Spiel so weit, daß jeder Pfad versperrt wurde. Sie haben sich selbst uns gegenüber jeglicher Glaubwürdigkeit beraubt.

Wir sind bereit — wie Sie wissen — unsere Haltung zu überprüfen, wenn sich die westdeutschen Kirchenführungen — was im Interesse aller Christen läge — von der NATO-Politik lossagten. Denn schließlich braucht eine christliche Kirche doch weder NATO noch NATO-Armee noch atomare Aufrüstung. Offensichtlich ist es doch so, daß die NATO ihrerseits die Kirchen benötigt und mißbraucht, und zwar für die Durchführung einer durchaus unchristlichen verderblichen Politik der Kriegsvorbereitung, des Kalten und des Heißen Krieges.

Wir bedauern es, daß die Exponenten der westdeutschen Kirchen den Streit mit uns vom Zaune gebrochen haben. Uns wäre — weiß Gott — lieber, wir könnten auch mit den Theologen und kirchlichen Amtsträgern und christlichen Politikern Westdeutschlands in Eintracht, gegenseitiger Achtung und Vertrauen für den Frieden, das Glück und die Zukunft unseres Volkes wirken.

Daß eine solche gute und für Christen wie Nichtchristen fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist, haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen. Und ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß diese unsere Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, zwischen Atheisten und Christen auf allen Ebenen in Zukunft noch enger und vertrauensvoller sein möge, als sie es heute schon ist.» *H. K.*

Dr. med. Hans von Fischer ist nicht mehr

In den ersten Märztagen ist in Zürich der Arzt Dr. med. Hans von Fischer gestorben. Ein Mann aus einem der alten Berner Aristokratengeschlechter. Wenn ihn jetzt oben, im Himmel, seine Vorfahren in ihren alten Offiziersuniformen und Schultheißenroben empfangen, so werden sie es mit einer Devise des Alten Berns tun: «Viel Feind', viel Ehr!» Denn Doktor von Fischer ist ja Kommunist gewesen. Und Kommunist geblieben. Aber er hat seinen Kommunismus nicht in Moskau geholt, sondern als Arzt im Göschenental, bei den armen Bergbauern. Er hätte es mit seinem Namen und seinen Familienbeziehungen sehr anders haben können. Denn wen schickt unsere älteste Demokratie